ECONSTOR
Make Your Publications Visible.

A Service of
ZBW
Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Dehne, Peter

Book Part

Zwischen Government und Governance - Perspektiven der Forschung auf Politik und Stadtplanung in Kleinstädten

Provided in Cooperation with:
ARL – Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft

Suggested Citation: Dehne, Peter (2021) : Zwischen Government und Governance - Perspektiven der Forschung auf Politik und Stadtplanung in Kleinstädten, In: Steinführer, Annett Porsche, Lars Sondermann, Martin (Ed.): Kompendium Kleinstadtforschung, ISBN 978-3-88838-103-4, Verlag der ARL - Akademie für Raumentwicklung in der Leibniz-Gemeinschaft, Hannover, pp. 102-122, https://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:0156-1034061

This Version is available at:
https://hdl.handle.net/10419/237035

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/

WWW.ECONSTOR.EU

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

AKADEMIE FÜR
RAUMENTWICKLUNG IN DER
LEIBNIZ-GEMEINSCHAFT

Dehne, Peter:

Zwischen Government und Governance – Perspektiven der Forschung auf Politik und Stadtplanung in Kleinstädten

https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-1034061

In:
Steinführer, Annett; Porsche, Lars; Sondermann, Martin (Hrsg.) (2021):
Kompendium Kleinstadtforschung. Hannover, 102-122.
= Forschungsberichte der ARL 16.
URN : http://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0156-10341

https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/International

Peter Dehne

ZWISCHEN GOVERNMENT UND GOVERNANCE – PERSPEKTIVEN DER FORSCHUNG AUF POLITIK UND STADTPLANUNG IN KLEINSTÄDTEN

Gliederung

1 Einführung
2 Eine wechselvolle Forschungsgeschichte
3 Zusammenfassende Erkenntnisse zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten
3.1 Lokalpolitik und Entscheidungsprozesse in Kleinstädten – die Gemeindestudien
3.2 Stadtplanungspraxis in Kleinstädten
3.3 Erklärungsmodelle und Governance-Ansätze für Kleinstädte in der Krise
3.3.1 Peripherisierung und strategische Planung
3.3.2 Community Capital Framework (CCF) und Stärkung des Sozialkapitals
3.3.3 Modell der adaptiven Zyklen und Resilienzstrategien
4 Zwischen Government und Governance – Schlussbetrachtung
Literatur

Kurzfassung
Die Forschungsgeschichte zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten ist bei tiefergehender Recherche überraschend vielfältig und facettenreich. Sie reicht von den Gemeindestudien zu den baden-württembergischen Kleinstädten Bretten und Wertheim aus den 1960er und 1970er Jahren über empirische Erhebungen zur Stadtplanungs- und Stadterneuerungspraxis bis hin zur analytischen Auseinandersetzung mit schrumpfenden Kleinstädten in peripheren Lagen in den 1990er und 2000er Jahren. Dabei wird auf der einen Seite die Tendenz zu einer personenzentrierten und konsensorientierten Politik in Verbindung mit einer technokratischen und formalen Stadtplanung sichtbar. Politik und Stadtplanung werden häufig geprägt von begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen und einer hohen Abhängigkeit von Förderprogrammen und externen Entscheidungen. Andererseits entstanden mit der Krise peripherisierter Kleinstädte in den 1990er Jahren Erklärungsmodelle und Governance-Ansätze, die am Sozialkapital ansetzen und auf eine Aktivierung der eigenen Gestaltungs- und Innovationskraft der Kleinstadtgesellschaft ausgerichtet sind. Eine systematische Kleinstadtforschung und eine neue Generation von theoriegeleiteten inter- und intradisziplinären Gemeinde- bzw. Kleinstadtstudien sollte diese Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit analysieren und lokal basierte Modelle zwischen hierarchischer und kooperativer Steuerung für eine widerstandsfähige Kleinstadt entwickeln.

Schlüsselwörter
Kleinstadtforschung – Kleinstädte – Stadtplanung – Stadtpolitik – Governance

Between Government and Governance – Research Perspectives on Policy and Urban Planning in Small Towns

Abstract
In-depth consideration of the history of research on policy and urban planning in small towns reveals it to be surprisingly diverse and multifaceted. It ranges from the municipal studies of the small towns of Bretten and Wertheim in Baden-Württemberg in the 1960s and 1970s to empirical inquiries into urban planning and urban renewal practice to analytical investigations of shrinking small towns in peripheral locations in the 1990s and 2000s. Two features become visible here. On the one hand, there is a tendency towards people-centred and consensus-oriented policy in combination with technocratic and formal urban planning. Policy and urban planning are often influenced by limited financial and human resources and a great dependency on funding programmes and external decision making. On the other hand, there are the explanatory models and governance approaches that emerged with the crisis of the peripheralisation of small towns in the 1990s. These start with social capital and aim to activate the endogenous creativity and innovation of small town societies. Systematic small town research and a new generation of theory-led interdisciplinary and intradisciplinary investigations of municipalities or small towns should analyse this discrepancy between aspiration and reality and develop locally based models situated between hierarchical and cooperative governance for more resilient small towns.

Keywords
Small town research – small towns – urban planning – urban policy – governance

1 Einführung

Es gibt viele wissenschaftliche Veröffentlichungen zu Stadtplanung und Urban Governance. Nur wenige davon beschäftigen sich mit Kleinstädten. Methoden und Theorien der Stadtplanung werden vor allem in großstädtischen Kontexten untersucht, Governance zusätzlich auch in ländlichen Räumen und auf regionaler Ebene. Taucht man tiefer in die Literatur ein und bezieht ältere Arbeiten sowie ausgewählte internationale Veröffentlichungen mit ein, wird das Bild differenzierter. Es gibt Gemeindestudien, empirische Studien zur Planungspraxis in Mittelstädten und Erklärungsmodelle für den Kleinstadtwandel. Der Beitrag gibt einen systematischen Überblick über die vorliegende Kleinstadtforschung mit relevanten Aussagen zur Politik und Planungspraxis in kleinen Städten. Im ersten Teil wird Forschungsgeschichte zu Politik und Planung in Kleinstädten skizziert, ohne den Anspruch der Vollständigkeit zu erheben. Danach werden ausgewählte Erkenntnisse zu Lokalpolitik, Planungspraxis und theoretischen Governance-Ansätzen vertiefend dargestellt. Die Forschungsergebnisse werden abschließend kritisch auf ihre Relevanz für die Planungspraxis reflektiert und Forschungsbedarf für ein differenziertes Verständnis der Steuerungsmechanismen in Kleinstädten wird formuliert.

2 Eine wechselvolle Forschungsgeschichte

Wie in Wellenbewegungen sind seit den 1960er Jahren die Handlungsbedingungen und Mechanismen von Politik und Stadtplanung in Kleinstädten untersucht worden. Besonders zu Zeiten gesellschaftlicher Veränderungen rückten die Kleinstädte in den Blickpunkt der Forschung. So war es auch nach Öffnung der Mauer in Deutschland. Tradierte wissenschaftliche Erkenntnisse ließen sich nicht so ohne Weiteres auf die veränderten gesellschaftlichen Bedingungen in Ostdeutschland übertragen. Da lag es nahe, die Transformation und ihre sozialen Folgen umfassend in überschaubaren Lebenszusammenhängen zu untersuchen. Im Mittelpunkt der Gemeindestudien zu ostdeutschen Klein- und Mittelstädten wie z. B. Eberswalde (Neckel 1999) oder Gotha (Bertels 2015) standen vor allem Fragen der Integration, des sozialen Zusammenhalts und der kommunalen Entscheidungsprozesse (zusammenfassender Überblick bei Herlyn (2015: 22 f.) und Harth/Herlyn/Scheller et al. 2012). Ende der 1990er Jahre rückte dann die schrumpfende Klein- und Mittelstadt in das Zentrum der Forschung.

Gemeindestudien (1950 – 1980)

Die Gemeindestudien haben ihren Ursprung in der USA der 1920er Jahre. Die „Chicagoer Schule“ entwickelte einen empirisch-analytischen Ansatz der Stadtsoziologie, der möglichst unvoreingenommen und zweckfrei gesellschaftliche Entwicklungen in räumlichen Zusammenhängen untersuchen sollte. Zunächst auf die Großstadt orientiert, entstanden daraus die Community Studies. Sie wurden hauptsächlich in kleinen Städten durchgeführt (Harth/Herlyn/Scheller et al. 2012). Die lokale Gesellschaft erschien weniger komplex und stärker in sich geschlossen. Zusammenhänge und Schlüsselfaktoren konnten leichter identifiziert werden als in großstädtischen Zusammenhängen. Die Middletown-Studien über die Kleinstadt Munice (Indianapolis) standen am Beginn (Lynd/Lynd 1929; 1937). Zahllose weitere Kleinstadtstudien folgten. Einige befassten sich explizit mit den Macht- und Entscheidungsstrukturen in Kleinstädten. In diese Tradition der „Community-Power-Forschung“ gehört die Studie „Leadership in a Small Town“ von 1962, die 2012 wieder neu aufgelegt wurde. Mit seinen Studierenden hatte Aaron Wildavsky die Machtverhältnisse und die Persönlichkeitsmerkmale der Leader in der Kleinstadt Oberlin untersucht (Wildavsky 2012).

In Deutschland hatten Gemeindestudien in den 1960er und 1970er Jahren ihre Blütezeit. Mit kleinstädtischer Politik beschäftigten sich vor allem zwei Studien: eine Untersuchung der baden-württembergischen Stadt Bretten in den 1960er Jahren (Luckmann 1970) sowie die Wertheim-Studien aus den 1970er Jahren (Ellwein/Zoll 2003). Die Veröffentlichungen zu beiden Studien liefern grundlegende Einblicke in das Macht- und Entscheidungssystem von Kleinstädten sowie Bezüge für die aktuelle Kleinstadtforschung. Auch wenn sich bei Gemeindestudien grundsätzlich die Frage nach der Generalisierbarkeit stellt, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sich verändert haben und wissenschaftliche Erkenntnisse weiterentwickelt wurden, lohnt sich doch ein Blick auf die Ergebnisse (siehe Kap. 3.1).

Ab Mitte der 1960er Jahre richtete sich die Stadtsoziologie angesichts von Strukturwandel und Großstadtkritik neu aus. Zwischen einer gesellschaftskritischen, theoretischen Stadtsoziologie und einer praxisbezogenen Stadtplanungssoziologie hatten

komplexe Untersuchungen städtischer Lebenswelten keinen Platz mehr (Harth/Herlyn/Scheller et al. 2012: 17). Ein weiteres Argument gegen Lokalstudien ist aus heutiger Sicht interessant: Die Durchdringung der Gesellschaft mit urbanen Lebensstilen und die Angleichung der Lebensverhältnisse ließ lokale Unterschiede scheinbar bedeutungslos werden (ebd.: 21).

Ressortforschung zur Stadterneuerung (1985 – 1990)

Es blieb die Erkenntnis, dass politische Entscheidungsprozesse in Kleinstädten anders ablaufen als in großen Städten. Was bedeutet dies für die Planungspraxis? Lassen sich für die Stadtplanung ebenfalls kleinstadtspezifische Besonderheiten erkennen? In den 1980er Jahren begannen die Planungsdisziplinen sich stärker für die Kleinstadt zu interessieren, zunächst im Kontext der städtebaulichen Erneuerung. 1985 erschien ein gesonderter Band der Informationen zur Raumentwicklung zur „Stadterneuerung in kleinen Städten" (BfLR 1985). Hintergrund war die Diskussion um neue städtebauliche Aufgaben angesichts einer Verdreifachung der Städtebauförderungsmittel (BMBau 1986). Bereits in den 1960er Jahren hatten Bund und Länder Studien- und Modellvorhaben zur städtebaulichen Erneuerung in Klein- und Mittelstädten durchgeführt (BMBau 1978; BMBau 1983). Aber erst jetzt rückten sie in das Interesse der Förderpolitik und Ressortforschung des Bundesbauministeriums. Der Anteil der Kleinstädte unter 10.000 Einwohner stieg von 19% auf 29% im Programmjahr 1988 (BMBau 1990: 13). Von 1987 bis 1992 waren Kleinstädte neben Dörfern und kleinen Gemeinden Untersuchungsgegenstand des ExWoSt-Forschungsfeldes „Städtebauliche Dorferneuerung" (BMBau 1989). In der Zusatzuntersuchung zum Bund-Länder-Programm der Städtebauförderung war ihnen eine gesonderte Auswertung gewidmet (BMBau 1990). Unmittelbar nach der Wende haben Schäfer/Stricker/Soest (1992) die Entwicklungsbedingungen von Kleinstädten – und Dörfern – in den neuen Bundesländern analysiert und Empfehlungen für eine Politik der städtebaulichen Erneuerung in Kleinstädten – und Dörfern – gegeben (s. Kap. 3.2).

Stadtplanung für Kleinstädte in der DDR (1970 – 1989)

In der DDR fand städtebauliche Planung in erster Linie in den Groß- und Mittelstädten statt. Planung von Kleinstädten hatte lange Zeit keine Bedeutung, abgesehen von einigen spektakulären Entwürfen für die sozialistische Umgestaltung der Städte im Sinne einer Flächensanierung, wie sie auch in Westdeutschland in den 1960er Jahren für einige Klein- und Mittelstädte vorgesehen waren (Hannemann 2004: 65 ff.). Im Prinzip beschränkte sich Stadtplanung weitgehend auf Standort- und Investitionsplanung sowie Wohnungsbaupolitik. Beides wurde weitgehend von den zentralen Staatsorganen vorgegeben und von den örtlichen Betrieben ausgeführt. Für die Kommunen blieb dabei wenig eigener Gestaltungsspielraum (Schäfer/Stricker/Soest 1992: 121 f.). Erst ab Mitte der 1970er Jahre wurden auch für Kleinstädte vereinfachte Generalbebauungspläne aufgestellt. Mit dem Kurswechsel hin zum innerstädtischen Bauen und zu einer Erhaltung der Innenstädte wurden Forderungen lauter, die Klein- und Mittelstädte stärker in den Bick zu nehmen (HAB 1976). Vermehrt wurden Generalbebauungspläne, Rahmenpläne und Städtebauliche Konzeptionen zur Lösung der Wohnungsfrage für die Innenstädte der Kleinstädte aufgestellt. Zuständig für die Stadtplanung blieben jedoch die Planungseinrichtungen der Bezirke (Schäfer/Stricker/Soest 1992: 223 ff.). Es war eher eine Planungspraxis für die Kleinstädte als in den Kleinstädten.

Die Krise der Kleinstadt (1990 – 2015)

Nach der Vereinigung traf die neu erlangte kommunale Planungs- und Entscheidungshoheit des bundesdeutschen Rechtssystems die kommunalen Verwaltungen in Ostdeutschland dann vollkommen unvorbereitet. Qualifiziertes Personal war selten vorhanden, Planungserfahrungen und ein Verständnis für kommunale Steuerung von Flächen- und Stadtentwicklung fehlten vollständig. Stadtplanung musste in den Kleinstädten Ostdeutschlands nach der Wende mühsam erlernt werden, und das angesichts von neoliberalen und inkrementalistischen Tendenzen auch in der Stadtplanung (Leimbrock 2010). Umso mehr stellte sich wiederum die Frage nach Qualifizierung und Unterstützung durch externe Berater bei gleichzeitiger Wahrung der kommunalen Entscheidungshoheit (Schäfer/Stricker/Soest 1992: 125). Verschärfend kam in Ostdeutschland Mitte der 1990er Jahre die aufziehende „Krise der Kleinstadt" hinzu. Sie ordnete sich ein in demographische und gesellschaftliche Veränderungen und deren Auswirkungen auf das Städtesystem in Deutschland. Häußermann und Siebel hatten in ihrem Buch „Die neue Urbanität" bereits 1987 die Situation der Städte hellsichtig analysiert. Sie brachten die Debatte über Bevölkerungsrückgang und Stagnation, die es bereits seit den 1970er Jahren gab, auf den Punkt (vgl. Brandstetter/Lang/Pfeifer 2005).

„Unsere Städte erleben eine doppelte Spaltung: einmal zerbricht das bislang einheitliche Muster städtischer Entwicklung in zwei einander entgegengesetzte Typen. Einige wenige Städte, die noch das gewohnte Bild von wachsendem Wohlstand, neuen Arbeitsplätzen und spektakulären Neubauten bieten, stehen stagnierenden oder gar schrumpfenden Städten gegenüber. Zum anderen vollzieht sich innerhalb jeder einzelnen Stadt eine Spaltung, nicht ganz so sichtbar noch, aber doch nicht weniger tiefgreifend: die Spaltung zwischen jenen mit sicheren Arbeitsplätzen mit gesicherter Lebensperspektive und den an den Rand Gedrängten, den Ausländern, den Armen, den dauerhaft Arbeitslosen" (Häußermann/Siebel 1987: 8).

Gemeint sind große Städte in Westdeutschland, die von demographischen Veränderungen, Suburbanisierung und Strukturwandel betroffen sind. Die Wertheim-Studie lässt durchblicken, dass auch in Kleinstädten Anfang der 1980er Jahre der Wachstumsmotor stotterte und zu einer veränderten Stadtpolitik führte. Das setzte sich in den folgenden Jahren fort, bis die Zuwanderung nach der Wende das Schrumpfungsphänomen in Westdeutschland fast vollständig überdeckte. In den ostdeutschen Städten verstellten u.a. die Mittel der Städtebauförderung und anderer finanzstarker Programme den Blick auf die eigentlichen demographischen Probleme. Umso deutlicher wurden die Auswirkungen von Bevölkerungsrückgang und Alterung auf die Städte in der zweiten Hälfte der 1990er Jahre in Ostdeutschland. Der Bericht der Leerstandskommission „Wohnungswirtschaftlicher Strukturwandel in den neuen Bundesländern" Ende 2000 und das nachfolgende „Abrissprogramm" Stadtumbau Ost zeigten öffentlichkeitswirksam die von Bevölkerungsverlusten und Leerstand geplagte „perforierte Stadt". Stadtplanung unter Schrumpfungsbedingungen wurde zum neuen Thema in der Stadtplanung und Stadtforschung.

Immer noch ging es in dieser Debatte um die größeren Städte. Aber schon bald fiel der Blick auf die kleinen Städte in Ostdeutschland, die aufgrund ihrer geringen Größe und mangelnden Kompensationsfähigkeit anfälliger für demographische und wirtschaft-

liche Brüche erschienen. Eine steigende Wertschätzung urbaner, metropolitaner Lebens- und Arbeitsformen sowie Zentralisierung und Reurbanisierung ließen die Situation für viele Kleinstädte in peripheren, ländlichen Räumen ausweglos erscheinen. Es ist daher nicht verwunderlich, dass die einschlägigen Veröffentlichungen und Studien zu Kleinstädten seit Anfang der 2000er Jahre dem Paradigma einer krisenhaften Kleinstadt folgen. Ausgangspunkt sind Transformationsprozesse, die Kleinstädte gesellschaftlich marginalisieren (Hannemann 2004) und peripherisieren (Kühn 2016). Daraus abgeleitet wird den Fragen nachgegangen, wie Kleinstadtwandel erklärt und gestaltet werden kann. Die amerikanischen Soziologen hatten genau das bereits Anfang der 1990er Jahre für ländliche Gemeinden des Mittleren Westens getan (Flora/Flora 2013). Vielfach werden die Stärkung des Sozialkapitals und Governance-Formen für eine Politik und Stadtplanung der schrumpfenden, peripherisierten Kleinstadt gefordert (vgl. Kap. 3.3).

Die Rolle der Stadtgröße für Stadtplanung (2010)

Diese Restriktionen bestätigen auch die empirischen Untersuchungen von Andrea Rüdiger (2009). Sie ist in ihrer Dissertation explizit der Frage nachgegangen, welche Rolle die Stadtgröße für die räumliche Planung spielt. Sie hat dafür die Planungsämter aller 589 bundesdeutschen Mittelstädte zwischen 20.000 und 100.000 Einwohnern befragt. Die Planungsämter der kleinen Mittelstädte (20.000 – 50.000 Einwohner) handelten danach eher in dem traditionellen Planungsbereich der Bauleitplanung, wenig proaktiv und sind zurückhaltender beim Einsatz informeller Instrumente als größere Verwaltungen. Es ist zu vermuten, dass dies auch und erst recht für Kleinstädte gilt, wie auch amerikanische Forschungen aus den 1980er Jahren erkennen lassen (Mattson/Burke 1989) (vgl. Kap. 3.2).

Kooperative Kleinstadtplanung (ab 2015)

Die Diskussion um die Krise und die Marginalisierung der Kleinstadt war 2015 Ausgangspunkt, im Forschungsfeld „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen" des Experimentellen Wohnungs- und Städtebaus (ExWoSt) neue Governance-Ansätze in Kleinstädten zu erproben und zu analysieren (Dehne 2016; 2018a; 2018b; 2019a). In acht Modellvorhaben wurden in den folgenden drei Jahren Szenarioprozesse, JugendBarCamps und ergänzende Beteiligungsformate durchgeführt, begleitet und ausgewertet. Durch den Prozess sollte eine Aufbruchstimmung entstehen, gemeinsame Visionen sollten entwickelt werden und gemeinschaftliches Handeln für eine zukünftige Stadtentwicklung sollte generiert werden. Kooperative Kleinstadtplanung wird dabei als partnerschaftlicher und arbeitseiliger Prozess zwischen Stadtgesellschaft, lokaler Wirtschaft, Politik und Verwaltung verstanden mit dem Ziel eines guten Lebens vor Ort (Dehne 2019b: 98). In einem Teil der Kleinstädte ist dies gelungen. Politik und Verwaltung haben Kooperation und Kommunikation zum Prinzip ihres Handelns gemacht. Andere sind wieder zurückgekehrt zu einer bürgermeister- und verwaltungsgetragenen Politik und Stadtplanung. Es fehlte die Resonanz und die Beteiligungsbereitschaft, vielleicht auch weil die eingespielten Pfade der Politikgestaltung gut funktioniert haben. Eine dritte Gruppe hat schließlich den Weg einer vorsichtigen Beteiligung eingeschlagen (ebd.: 97). Es ist eine eher „oberflächige Analyse" aus der Sicht der Begleitforschung. Für eine methodische, tiefergreifende Begleitung und Auswertung der Planungs- und Beteiligungsprozesse fehlten Zeit und Kapazitäten. Sie

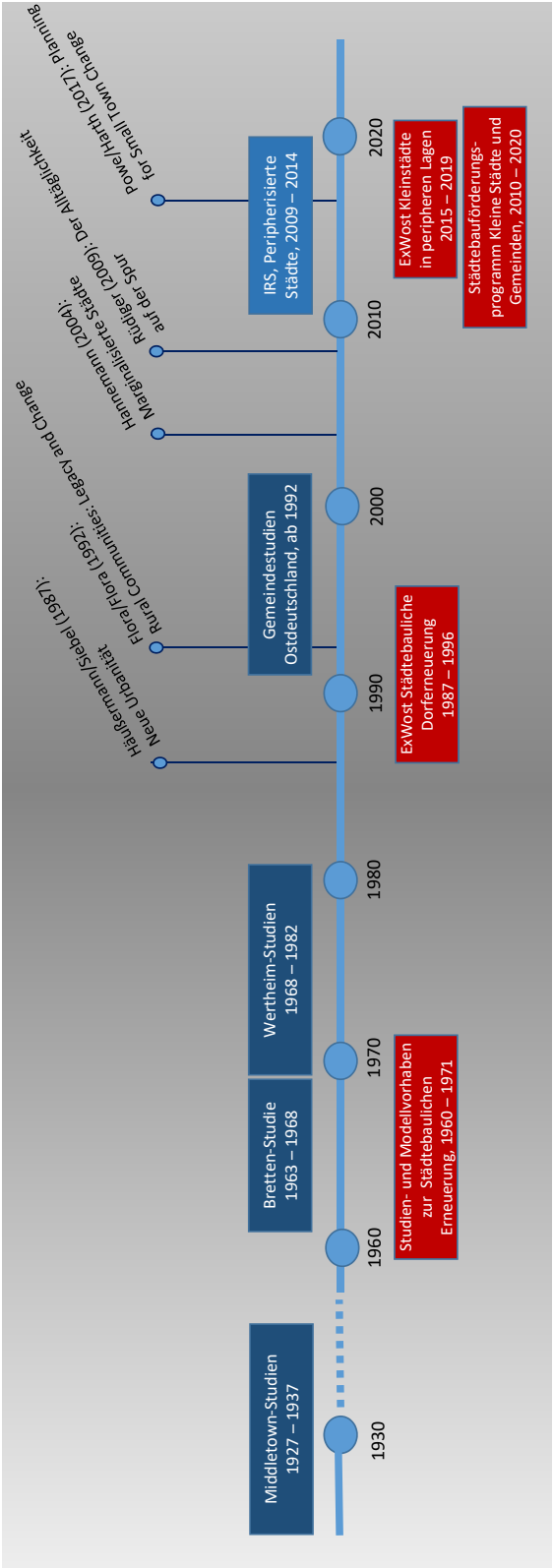

Abb. 1: Zeitleiste zur Forschung zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten / Quelle: eigene Darstellung

zeigt aber einen Weg auf, aus der Governance-Perspektive die kommunale Politik- und Planungspraxis in Kleinstädten zu untersuchen und zu vergleichen, ohne gleich in eine Anspruchshaltung zu verfallen (Selle 2017: 27).

Schließlich hat durch das ExWoSt-Forschungsfeld das Thema Kleinstadt mehr Aufmerksamkeit in Politik, Praxis und Forschung bekommen. Daraus hervorgegangen ist ein informelles Netzwerk der Kleinstadtforscher und -forscherinnen.

3 Zusammenfassende Erkenntnisse zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten

Es wäre zu wünschen, dass sich aus dem Forschungsnetzwerk eine systematische Kleinstadtforschung entwickeln und sich eine neue Tradition von interdisziplinären Kleinstadtstudien etablieren würde. Dies sollte aber nicht „geschichtsvergessen" geschehen. Wie skizziert, gibt es durchaus eine Tradition der Forschung über Politik und Stadtplanung in Kleinstädten mit Erkenntnissen, die Bezüge bis in die Gegenwart haben. Daher werden nachfolgend die zentralen Ergebnisse zu 1) Lokalpolitik und Entscheidungsprozessen, 2) der Stadtplanungspraxis sowie zu 3) Marginalisierung und Governance-Ansätzen zusammengefasst. Dabei besteht angesichts der vielen Nebenstränge, die sich im Zuge der Recherche aufgetan haben, nicht der Anspruch, den Forschungsstand zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten vollständig erfasst zu haben. Es ist ein erster Überblick, der zu vertiefenden Sekundäranalysen anregen soll.

3.1 Lokalpolitik und Entscheidungsprozesse in Kleinstädten – die Gemeindestudien

In den Gemeindestudien zu Bretten und Wertheim (Baden-Württemberg) aus den 1960er und 1970er Jahren werden zwei zentrale Forschungsergebnisse betont: eine personalisierte, konfliktscheue Kommunalpolitik und die starke Stellung der örtlichen Vereine. Beides schwankt zwischen Erkenntnis und stereotyper Zuordnung, wird aber in der Folgezeit immer wieder kleinstädtischen Gesellschaften zugeschrieben.

1 Sowohl für Bretten als auch in der Wertheim-Studie wird die Lokalpolitik personenzentriert, parteilos und konsensorientiert beschrieben. Die Kommunalwahl ist danach eher eine Wahl von Persönlichkeiten als von Parteien. Man wählt „ ‚den Mann, den man kennt', und nicht einen Parteikandidaten, von dem man nicht viel weiß" (Luckmann 1970: 200). In der Kommunalpolitik geht es um das Gemeindeleben allgemein. Zielgruppe sind alle Bürger. Entsprechend „parteilos" sind häufig die Wahlprogramme und die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen. Dies führt letztlich zu einer pragmatischen, konfliktarmen Kommunalpolitik. Differenzen treten eher zwischen den politischen Generationen als zwischen den Parteien auf (Luckmann 1970: 198 ff.). Auch „Wertheims Politik ist … nicht Politik, weil es höchst selten Kampf, Sieg und Niederlage, Mehrheiten und Minderheiten, Auffassungsunterschiede und latente Konflikte gibt", was auch an der geringen Transparenz und Beteiligung liegt (Ellwein/Zoll 2003: 196). Diese „Tendenz zur großen Koalition" wird durch zwei weitere Eigenschaften der kleinstädtischen Gesellschaft

verstärkt und verständlich: „die geringe soziale Distanz der an der Kommunalpolitik Beteiligten und die Verquickung von persönlichen Interessen und den Funktionen als Stadtrat“ (ebd.: 243). Luckmann drückt es für Bretten so aus: „Das Konfliktpotenzial wird in der Kleinstadt von allen Beteiligten nach Möglichkeit minimalisiert. Es wird minimalisiert, um die Eintracht und Gemeinschaftlichkeit, um die bevorzugte kleinstädtische Lebensweise, um das ‚gute Leben‘ nicht zu gefährden“ (Luckmann 1970: 256).

Damit einher geht eine *starke Stellung des Bürgermeisters*. Dies hat, neben der politischen Zurückhaltung der Gemeindevertretung, zwei Gründe. Er ist derjenige, der Vorverhandlungen und Absprachen mit Fachbehörden und höheren Verwaltungsebenen führt. Dadurch hat der Bürgermeister einen eindeutigen Informationsvorsprung gegenüber den Kommunalpolitikern und den Verwaltungsmitarbeitern. Als Chef einer relativ kleinen Verwaltung ist er noch in der Lage, die Dinge sowohl nach außen als auch nach innen persönlich zu übersehen. Gemeinderat und noch stärker die Bürger sind in einer deutlich schwächeren Position. Sie sind „informationsabhängig“ vom Bürgermeister bzw. von der Verwaltung (Ellwein/Zoll 2003: 96 ff.). „Der Gemeinderat als Laiengremium flüchtet auf anderer Ebene in eine ähnliche Apathie wie die Bevölkerung, weil auch für ihn die Prozesse nicht mehr durchschaubar sind“ (ebd.: 245).

In beiden Studien wird allerdings auch sichtbar, dass die Abhängigkeit von überörtlichen Vorgaben und Finanzzuweisungen schon in den 1960er und 1970er Jahren deutlich zunahm und die kommunale Eigenständigkeit infrage stellte. Das stärkte einerseits die Stellung des Bürgermeisters in einer kleinen Verwaltung. Andererseits zeigte sich in den Nachuntersuchungen zu Wertheim aber auch, dass sich 1980 die Dominanz des Bürgermeisters gegenüber Verwaltung und Gemeinderat im Vergleich zur ersten Untersuchung 1968 nach Eingemeindung und Vergrößerung der Verwaltung abgeschwächt hatte.

2 Beide Studien haben eine weitere Gemeinsamkeit: der *große Einfluss der örtlichen Vereine auf das Leben und die Politik* in der Kleinstadt. Sowohl in Bretten als auch in Wertheim gibt es in den 1960er und 1970er Jahren viele Vereine. Sie haben Bedeutung „für die Kommunikationsstruktur, für das Wählerverhalten und für die sich mit ihm verbindenden Einstellungen und Motive“ (ebd.: 74 f.). Vereine sehen sich als „Seele des geselligen und öffentlichen Lebens“ und als diejenigen, „die die Gemeinde zusammenhalten“ (Luckmann 1970: 173). Die Mitgliedschaft in einem Verein bedeutet Macht, Einfluss und Zugang zur Kommunalpolitik. Viele zentrale Akteure sind Gemeinde- und Vereinsvertreter in Personalunion. Entsprechend erwarten die Vereine Unterstützung von ihren Mitgliedern, die sie in den Gemeinderat gewählt haben (ebd.: 172 f.). Der Bau und die Finanzierung von Sportanlagen sind zentrale Themen der Kommunalpolitik. Man könnte denken, dass in Kleinstädten die Parteienpolitik durch die Vereinspolitik ersetzt wird.

Kennzeichen der Lokalpolitik in Bretten und Wertheim waren somit die geringe Bedeutung von politischen Parteien, einstimmige Beschlüsse und die Dominanz des Bürgermeisters. Lehmbruch (1975) bezeichnet dieses *Modell lokaler Entscheidungs-*

prozesse als „kommunale Konkordanzdemokratie“ im Gegensatz zu „kommunaler Konkurrenzdemokratie“. In Letzterer dominieren Auseinandersetzungen zwischen politischer Mehrheit und Opposition die Lokalpolitik. Erklärungsfaktoren für die jeweiligen Modelle sind Kommunalverfassung, Organisationsgrad der Parteien, politische Kultur sowie die Gemeindegröße. Die Bedeutung der Gemeindegröße betonen vor allem Bogumil und Holtkamp in empirischen Untersuchungen auf Länderebene. Danach ist Konkordanzdemokratie eher in kleinen Gemeinden und Kleinstädten anzutreffen. Bundesweit dominieren konkordanzdemokratische Muster in Baden-Württemberg und – aufgrund der besonderen historischen Bedingungen – in den neuen Bundesländern, während konkurrenzdemokratische Kommunalpolitik eher im Saarland, in Hessen und Nordrhein-Westfalen vorherrscht (Holtkamp 2003; Bogumil/Holtkamp 2016).

Die Ergebnisse der Nachstudie zu Wertheim zeigen schließlich einen weiteren politik- und planungsrelevanten Aspekt, der eine Brücke zur heutigen Situation vieler Kleinstädte schlägt. In den 1960er Jahren verzeichneten viele Kleinstädte Einwohnergewinne. Stadtplanung und Wirtschaftsförderung bedeutete, Wohngebiete zu entwickeln, Straßen zu bauen und Gewerbegebiete auszuweisen. 1980 hatten sich die Rahmenbedingungen geändert. Das „kommunale Vehikel Wachstum“ gab es nicht mehr und große kommunalpolitische Projekte wurden selten. An ihrer Stelle gewann eine „eher stille Verwaltungspflege an Gewicht, durch die Lebensqualität unmerklich, d. h. in einer Fülle von Einzelmaßnahmen vermehrt wird“ (Ellwein/Zoll 2003: 294). Kleinstadtplanung über die klassischen Instrumente der Flächenausweisung funktionierte vielerorts nicht mehr. Dennoch dominierte die formale Bauleitplanung weiterhin die Stadtplanungspraxis vieler kleinerer Städte, wie die empirischen Untersuchungen von Andrea Rüdiger 15 Jahre später gezeigt haben.

3.2 Stadtplanungspraxis in Kleinstädten

Mangelnde personelle und finanzielle Ressourcen werden immer wieder als Besonderheit und Schwachstelle sowie als Hemmnisse für innovative Entwicklungsprozesse in Kleinstädten thematisiert. So auch von Andrea Rüdiger in ihrer Dissertation mit dem programmatischen Titel „Der Alltäglichkeit auf der Spur: Die Rolle der Stadtgröße für die räumliche Planung“ (Rüdiger 2009). Zwar hat sie die Planungsämter von Mittelstädten befragt. Die knapp 250 Antworten zeigen jedoch signifikante Ergebnisse nach der Einwohnerzahl. Kleine Mittelstädte sind anders als große Mittelstädte über 50.000 Einwohner. Es kann vermutet werden, dass ihre Planungspraxis der von Kleinstädten unter 20.000 Einwohner sehr nahekommt. Die Befragungsergebnisse lassen sich in drei Punkten zusammenfassen (ebd.: 349 ff.):

1 Die Anzahl der Beschäftigten sowie der Organisations- und Differenzierungsgrad der planenden Verwaltung nimmt mit der Größe der Stadt zu. In kleineren Städten gibt es seltener ein separates Bauamt mit den Funktionen der planenden Verwaltung, diese Aufgaben werden häufig auf die Sachgebiete verteilt, es werden häufiger externe Planer beauftragt und seltener Fort- und Weiterbildungsveranstaltungen besucht als in größeren Städten.

2 Planung in Kleinstädten ist überwiegend räumliche Planung und weniger integrierte Stadtentwicklungsplanung. Die Hauptaufgabe der planenden Verwaltung ist die Steuerung der Bodennutzung mithilfe verbindlicher Bauleitplanung. Der Bebauungsplan ist somit das zentrale Steuerungsinstrument. Handlungsbezogene Instrumente wie Stadtentwicklungs- oder Marketingkonzepte werden dagegen seltener genutzt. Das spiegelt sich in den kommunalpolitischen Beschlüssen wider. Es dominieren Beschlüsse zu aktuellen Bauleitplänen und zur Stadtentwicklung für die nächsten zehn Jahre.

3 Das bedeutet auch, dass die Verwaltungen in kleinen Mittelstädten, anders als Planungsverwaltungen größerer Mittelstädte, nicht die Vielfalt und die Möglichkeiten der Planungsmethoden und Instrumente nutzen. Leitbilder und Prognosen werden z. B. deutlich seltener verwendet. Strategien sind eher orientiert auf Teilräume wie Dorferneuerungsplanungen oder städtebauliche Rahmenplanungen. Insgesamt wird das mögliche planerische Innovationspotenzial im Umgang mit neuen Themen und Herausforderungen nicht ausreichend genutzt.

Angesichts von Routinen und einer starken Ausrichtung auf direkten Nutzen wird deutlich, dass „kleinere Mittelstädte weniger kreativ, sondern vermehrt rezeptiv" handeln (ebd.: 381). Diese Erkenntnis lässt sich durchaus auf Kleinstädte übertragen. Einige Autoren meinen, dass diese Planungs- und Politikkultur von der geringen Größe und der Überschaubarkeit der Verhältnisse determiniert wird. Bereits in den 1970er und 1980er Jahren wurde die Notwendigkeit integrierter Stadtentwicklungskonzepte genau aus diesen Gründen kontrovers diskutiert (ebd.: 178). Die Stadtgröße (Anzahl der Einwohner) ist somit ein wichtiger situativer Faktor, der das Planungsverhalten von Kommunen erklärt. Sie ist jedoch nicht der einzige Faktor. Und die Ergebnisse der Befragung bzw. eine Charakterisierung als routinierte, pragmatische, überwiegend raumorientierte Planung schließt „keine Bewertung der Effektivität und Effizienz des planerischen Handelns" in kleinen Mittelstädten ein (ebd.: 399).

Der Frage nach der Bedeutung der Stadtgröße für die Stadtplanungspraxis sind Mattson und Burke (1989) bereits Ende der 1980er Jahre in ihrer Literaturanalyse zur politischen Kultur in amerikanischen Kleinstädten nachgegangen. Wie ein roter Faden zieht sich die Erkenntnis durch die analysierten Veröffentlichungen, „that size (population and spatial scale) plays a key role whatever strategy is selected by local officials" (ebd.: 398). Sie haben einen technokratischen Planungsstil, eine Laissez-faire-Politik und mangelnde Innovationsneigung in den Verwaltungen ausgemacht. Damit schließen sie an die Erkenntnisse der Wertheim-Studie an und unterscheiden sich wenig von den Befragungsergebnissen aus Deutschland. Gründe sehen sie zum einen in der geringen ökonomischen und finanziellen Basis vieler Kleinstädte. Das verhindert die Anstellung professioneller Planer und führt zu einer wenig diversifizierten Verwaltungsstruktur. Kleine Stadtverwaltungen konzentrieren sich auf die Basisinfrastruktur, sehen Planung als verwaltungstechnische Aufgabe und wagen sich nur selten an neue Programme und Aktivitäten. Die zurückhaltende und begrenzte Rolle der Verwaltung wird – wie oben gezeigt – durch ein traditionelles, auf Personen ausgerichtetes politisches Kultur- und Wertesystem verstärkt.

Stadtplanung in Kleinstädten wird auch in Untersuchungen, Evaluationsberichten und Fallstudien zur städtebaulichen Erneuerung thematisiert. Die Ergebnisse sind ähnlich. Zentral ist allen Untersuchungen der Hinweis auf den höheren Anteil von Eigentümern in Kleinstädten, die geringeren privaten Investitionserwartungen und -möglichkeiten sowie – wiederum – die begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen kleiner Städte und die eingeschränkten Möglichkeiten, kommunale Eigenanteile aufzubringen. Für die Planung städtebaulicher Erneuerung leitet sich daraus die Empfehlung ab, „Planungs- und Beratungsleistungen als zentrales Element der staatlichen Hilfen" (Schäfer/Stricker/Soest 1992: 26) zu fördern, um die Komplexität städtebaulicher Erneuerung zu bewältigen und „Planung als demokratisch legitimierten Prozess" (ebd.) zu gestalten. „Nicht die Erarbeitung ausgefeilter Planwerke, sondern die ‚Begleitung kommunaler Entwicklungsprozesse' muss der Schwerpunkt der externen Unterstützung sein" (ebd.: 27). Ziel ist es u.a., lokale Promotoren zu aktivieren und Vorhaben in gemeinsamer Trägerschaft von Gemeinden und privaten Eigentümern umzusetzen (BMBau 1989: 216). Angesichts der begrenzten Verwaltungskraft kleiner Gemeinden und mit dem Hinweis auf die Notwendigkeit von überlokalen Handlungsstrategien fordern Schäfer u.a. den Aufbau von flexiblen, überlokalen Entwicklungsagenturen. Sie sollen „Aufgaben der Koordination, Animation und Initiativenentwicklung, der Moderation, der Präsentation und Werbung und der Akquise" übernehmen (ebd.: 218). Beide Forderungen, die nach interkommunaler Zusammenarbeit und die nach externer Unterstützung, Begleitung und Qualifizierung, werden in der Folgezeit die Debatte um Kleinstädte und Ländliche Räume prägen, ohne dass sie sich wirklich in der Planungspraxis und Politik etablieren konnten. So forderten Dehne/Hannemann (2007) aus den hier genannten Gründen ein „Bürgermeisterqualifizierungsprogramm", ein Programm zum Coaching von Führungspersonal und Entscheidungsträgern sowie eine länderübergreifende Taskforce „Kleinstadt".

3.3 Erklärungsmodelle und Governance-Ansätze für Kleinstädte in der Krise

Die zuletzt genannten Forderungen einer unterstützenden Politik für die Kleinstadt standen bereits unter dem Eindruck einer krisenhaften Entwicklung vieler Kleinstädte seit den 1990er Jahren. Bezieht man die angelsächsische Kleinstadtforschung mit ein, lassen sich drei Erklärungsmodelle für den Wandel der Kleinstadt herausfiltern: 1) das Konzept der Peripherisierung von Städten (Bernt/Liebmann 2013; Kühn 2016), 2) das Bild der Abwärtsspirale in Verbindung mit dem Community-Capital-Framework-Ansatz von Flora und Flora (2013) sowie 3) die Adaption des Modells adaptiver Zyklen aus der Resilienzforschung auf Kleinstädte durch Powe und Hart (2017). Alle drei Modelle implizieren Strategien und Governance-Ansätze zur Stabilisierung und zu einer Trendumkehr.

3.3.1 Peripherisierung und strategische Planung

Der Begriff „Peripherisierung“ greift den Grundgedanken einer polarisierten Siedlungsstruktur mit wenigen Gewinnern und vielen Verlierern von Häußermann und Siebel (1987) auf. Mit Peripherisierungsprozessen von größeren Kleinstädten und Mittelstädten haben sich Kühn u.a. von 2009 bis 2014 (Kühn 2013; 2016; Kühn/Fischer 2009; 2010) im Rahmen von zwei Forschungsprogrammen am IRS in Erkner beschäftigt. Anhand empirischer Fallstudien haben sie den Umgang der Städte mit Peripherisierung untersucht.

Während sich die Zuschreibung „Peripherie“ vorrangig auf die geographische Randlage im Verhältnis zu Zentren und Wachstumsregionen bezieht, ist das Konzept der „Peripherisierung“ auf die sozioökonomische Randlage bzw. die drohende sozioökonomische Abkopplung von Städten und Regionen ausgerichtet. Danach verlaufen Wachstum und gesellschaftlich relevantes kulturelles Leben vermeintlich an anderen Orten. Die politische Einflussnahme auf die eigene Entwicklung ist gering bis gar nicht möglich. Entscheidungen werden in den nationalen und europäischen Zentren getroffen. Von gesellschaftlich relevanten Netzwerken sowie Macht- und Entscheidungsprozessen sind oder fühlen sich die Menschen ausgeschlossen und an den Rand der Gesellschaft gedrängt. Sichtbarer und messbarer Ausdruck der Peripherisierung ist der „Brain Drain“, die Abwanderung der jüngeren, gut ausgebildeten Bevölkerung. Dadurch sinkt die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit. Keim (2006) bezog den Begriff Peripherisierung zunächst auf strukturschwache, dünn besiedelte ländliche Räume. Die periphere Lage verstärkt den Peripherisierungsprozess. Betroffen können aber auch altindustrielle Großstadtregionen oder prekäre Großstadtquartiere im Sinne einer inneren Peripherie sein. Kühn und Fischer (2009: 75 ff.) unterscheiden vier Prozesse der Peripherisierung, die auf komplexe Weise zusammenwirken und sich gegenseitig verstärken: (1) die Abwanderung vor allem der jungen und gut ausgebildeten Menschen; (2) die Abkopplung und Desintegration von ökonomischen, staatlichen und kulturellen Strukturen einschließlich der Ausdünnung der öffentlichen Daseinsvorsorge; (3) die Abhängigkeit von den Entscheidungszentren der Macht und der damit verbundene Verlust an Eigenständigkeit sowie (4) die Stigmatisierung und negative Problemzuschreibungen durch öffentliche Medien.

Deutlich wird daran, dass Peripherisierung nicht allein durch Lage und Struktur bedingt ist. Peripherisierung geht ebenso von Handlungen und Prozessen in den großen Städten aus. Ohne den Gegenpol der prosperierenden Stadt wäre sie nicht denkbar. Während die periphere Lage statisch ist, ist Peripherisierung Ausdruck eines dynamischen Prozesses und damit veränderbar, wie Beispiele zeigen. Es ist letztlich ein von Menschen gestalteter Prozess. Die Frage ist dann, wie eine De-Peripherisierung eingeleitet werden kann, oder besser wie Akteure in Kleinstädten auf Peripherisierung reagieren können und sollten.

Kühn sieht Handlungsoptionen für eine „Entperipherisierung“ in Strategischer Planung, einer Kombination von endogenen Governance-Netzwerken und exogenen Ressourcen sowie der Bildung und Qualifizierung der Bevölkerung, aber auch des Personals in Politik und Verwaltung (Kühn 2016: 177).

Unter Strategischer Planung wird ein zielgerichteter Planungsprozess verstanden, der auf einen möglichst optimalen Ressourceneinsatz ausgerichtet ist. Er hat den Charakter eines permanenten Lernprozesses (Kühn/Fischer 2009: 24). Zentral ist die Parallelität von Orientierung und Umsetzung bzw. das Wechselspiel von gemeinschaftlicher Orientierung (Leitbildern) und strategischen Projekten. Weniger das „Pläne-Machen" steht im Vordergrund, sondern vielmehr die strategische Kommunikation und Koordination der Akteure. Die Richtung, das Leitbild, wird erst durch einen gemeinschaftlichen Diskurs von Politik, Verwaltung, Bürgerschaft und Wirtschaft wirklich tragfähig und nachhaltig (*shared futures*). Kühn unterscheidet dafür zwei Grundtypen von Governance-Formen: *governance by government* als klassische bürgermeister- und verwaltungsgetragene Politik und Planung sowie *governance with government* als Erweiterung mit informellen Akteursnetzwerken. Neue Handlungsspielräume „für die Peripherisierten" können jedoch erst durch die Kombination von internen Akteurs-Netzwerken und externen Netzwerken in überlokale politische Ebenen hinein entstehen (Kühn/Weck 2012).

All dies ist anspruchs- und voraussetzungsvoll. Es erfordert qualifizierte Akteure in Politik, Verwaltung, Wirtschaft und Zivilgesellschaft (*Community Capicity Building*). Interessant ist in diesem Zusammenhang der Hinweis auf eine Fallstudienstadt, die Investitionen in gut ausgebildetes Planungspersonal als Strategie zur Entperipherisierung gesehen und umgesetzt hat.

Klare Schlussfolgerungen für kleine Städte lassen sich aber nur begrenzt aus Kühns Untersuchungen ziehen, zumal eine vergleichende Auswertung fehlt. Vielmehr werden Probleme und Hemmnisse für die Strategiefähigkeit genannt, die ähnlich auch auf kleine Städte zutreffen könnten, wie z. B. das Festhalten an eingeübten Politik- und Verwaltungsstilen, Misstrauen, politische Machtwechsel, unterschiedliche Handlungslogiken, die begrenzte Ressourcenmacht (Finanzen und Personal) oder die starke Abhängigkeit von Förderprogrammen und Förderlogiken (Kühn 2013: 287). Er spricht von der „Ohnmacht der Peripherisierten" (Kühn 2016: 166).

Mit Blick auf die vorgestellten empirischen Untersuchungen zur Politik und Planung in Kleinstädten (vgl. Kap. 3.1 und 3.2) werden zwei Dinge deutlich: Zum einen müssten sich in der peripherisierten Kleinstadt die Planungsaufgaben von der gewohnten Ordnungs- bzw. Landnutzungsplanung hin zur prozessorientierten Entwicklungsplanung verschieben. Zum anderen erfordert dies, starke politische Führerschaft mit Beteiligung, Netzwerkbildung und Kommunikation zu verbinden. Die von Kühn untersuchten Fallstudien zeigen, wie schwierig es für Bürgermeister/Bürgermeisterinnen ist, diesen Spagat zu bewältigen (Kühn 2009: 3).

3.3.2 Community Capital Framework (CCF) und Stärkung des Sozialkapitals

Bereits 1992 erschien in den USA die erste Ausgabe von „Rural Communities: Legacy and Change" der beiden amerikanischen Soziologen Cornelia Butler Flora und Jan L. Butler. Sie entwickeln darin das *Community Capital Framework* (CCF) als metho-

dischen Ansatz, um zu analysieren, wie ländliche Gemeinden und Kleinstädte angesichts von gesellschaftlichem Wandel funktionieren. Es ist gleichzeitig ein Raster für gemeinsame Kommunikation und Strategieentwicklung in der Kommune. Im Mittelpunkt stehen die lokalen Qualitäten, Potenziale und Möglichkeiten (*what works*) und weniger die Schwächen und Probleme einer Kommune. Ziel ist es, Ansatzpunkte für wirtschaftliche Entwicklung und ein kommunales Veränderungsmanagement (*Community Change*) zu identifizieren (Flora/Flora 2013; Emery/Flora 2006).

Sieben Arten von Kapital bilden im CCF das ganze System einer Kleinstadt ab (Emery/Flora 2006: 20): (1) Natürliches Kapital (*natural capital*) wie z. B. Lage, Landschaft, natürliche Ressourcen; (2) kulturelles Kapital (*cultural capital*), das die Lebenskultur, Lebensmodelle und das Zusammenleben in der Gemeinde abbildet; (3) Humankapital (*human capital*) in Form von Fähigkeiten, Wissen, sozialen Kompetenzen der Menschen einschließlich Führungsqualitäten (*leadership*), die auf Offenheit, Ausgleich, Inklusion und Beteiligung ausgerichtet sind; (4) Sozialkapital (*social capital*) in Form von Netzwerken und Kooperationen von Bürgerinnen und Bürgern sowie Institutionen; (5) politisches Kapital (*political capital*) als Zugang zu überörtlichen politischen Ebenen und die Möglichkeit, Einfluss auf politische Entscheidungen zu nehmen; (6) Finanzkapital (*financial capital*) für kommunale und privatwirtschaftliche Investitionen in Wirtschaft, Daseinsvorsorge und Zivilgesellschaft sowie (7) gebautes Kapital (*built capital*) in Form von kommunal bedeutsamer Infrastruktur.

Die einzelnen Arten des kommunalen Kapitals greifen ineinander und bedingen sich gegenseitig. Im Negativen kann dies zu einer sich selbst verstärkenden Abwärtsspirale führen, im Positiven zu Stabilisierung und Entwicklung, indem die Kapitalformen sich gegenseitig stimulieren und aktivieren. Die Frage ist, wo und wie man beginnt. Welche Interventionen und Aktivierungen sind richtig, um eine Abwärtsspirale in eine Aufwärtsspirale zu verwandeln? Die Erfahrungen der Fallbeispiele zeigen, dass der klassische Weg nicht ausreicht, allein Finanzkapital und gebautes Kapital zu stärken. Vielmehr deutet vieles darauf hin, dass der beste Anfangspunkt für *Spiraling up* das Sozialkapital ist (Emery/Flora 2006: 23).

Sozialkapital ist immer verbunden mit Gemeinschaft. Diese existiert entweder in Form von Verbindungen und Zusammenarbeit zwischen Personen und Gruppen mit gleichen Hintergrund bzw. gleichen Interessen (*Bonding*-Sozialkapital). Örtliche Vereine, Kultur- und Wirtschaftsinitiativen oder Nachbarschaften in einer Kleinstadt sind Beispiele dafür. Oder Sozialkapital baut ganz bewusst Brücken zu Personen und Institutionen außerhalb der eigenen Gemeinschaft (*Bridging*-Sozialkapital). Das können Menschen in schwierigen sozialen Verhältnissen, Bürger/Bürgerinnen mit Migrationshintergrund, Neubürger/-bürgerinnen, aber auch andere Kleinstädte sein. *Bridging* ist häufig zweckgerichtet, unterstützend oder inklusiv und erweitert den Horizont. *Bonding* wird stark von Emotionen geformt und stärkt die Identität einer Gruppe.

Starkes Sozialkapital entsteht aus einer guten Balance von *Bonding* und *Bridging*. Für Flora und Flora (2013: 132 ff.) kommen gemeinsame Anstrengungen und kollektive Aktionen hinzu. Diese Handlungsfähigkeit bildet sich – in Anlehnung an die technische Infrastruktur – in der *Entrepreneurial Social Infrastructure* (*ESF*) ab. ESF ist ergebnisorientiert, diskursiv, offen für Meinungen und Alternativen, inklusiv, Ressourcen

mobilisierend und auf Output und Outcomes fokussiert. Die Ergebnisse sind messbar und lassen sich für die Evaluierung von Programmen nutzen (Emery/Flora 2006). Grundlage und Voraussetzung für ESF ist eine Kommunalpolitik, die Kontroversen und andere Meinungen zulässt und allen Zugang zu Ressourcen, insbesondere zu finanziellen Ressourcen, ermöglicht.

Für Planung und Entwicklung in Kleinstädten ergeben sich daraus zwei zentrale Faktoren (Flora/Flora 2013: 382 ff.):

1 Technische Unterstützung von außen, wechselseitiges Lernen, Austausch mit externen Partnern und Netzwerken und damit eine gute Verbindung von Vor-Ort-Wissen mit externem Wissen bzw. von *„know-what-knowledge“* mit *„know-how-knowledge“*.

2 Die größere Bedeutung von Prozessen, Kommunikation und Koordination gegenüber einem technischen Planungsverständnis mit aufgeschriebenen Planwerken, Strategien und Aktionsprogrammen. Kreative Beteiligungsformen und Gelegenheiten für Zusammenarbeit können soziale Ressourcen und lokales Wissen mobilisieren und auf gemeinsame Visionen ausrichten. Ziel dieser Beteiligungsprozesse ist eine kollektive Handlungsfähigkeit.

Kleinstadtentwicklung im Wandel wird damit zu einem gemeinschaftlich getragenen iterativen Veränderungsmanagement, das auf Kommunikation und gemeinsamen Lernprozessen basiert. Parallelen zum Change-Management in der Organisationsentwicklung sind offensichtlich. Auch hier geht es um den strategischen und kreativen Umgang mit externen – zum Teil gewollten – Störungen gewohnter Abläufe.

3.3.3 Modell der adaptiven Zyklen und Resilienzstrategien

Für Systeme, die externen Störungen und Veränderungen ausgesetzt sind, stellt sich die Frage nach der Widerstandsfähigkeit. Die Geschichte vieler Kleinstädte lässt vermuten, dass sie in einer eigenen Weise resilient sind. Die handelnden Akteure in Kleinstädten haben anscheinend gelernt, mit gesellschaftlichen und ökonomischen Brüchen umzugehen und eine eigene „Kultur der Marginalität“ (Hannemann 2004: 311) entwickelt. Powe und Hart wählen das in der evolutionären Resilienzforschung entwickelte Modell adaptiver Zyklen (*Adaptive Cycle Model*), um diesen Wechsel von Wachstum, Stagnation, Niedergang und Erneuerung von Kleinstädten zu beschreiben, zukünftige Möglichkeiten zu verstehen und – vergleichbar dem CCF-Modell – Handlungsansätze zu identifizieren (Powe/Hart 2017). Sie zeigen anhand von internationalen Beispielen, wie es sich auf die Entwicklung von Kleinstädten übertragen lässt. Schnur hat das Modell in einer ähnlichen Weise auf Quartiersentwicklung angewendet (Schnur 2013). Das Modell hat vier Phasen unterschiedlicher Resilienz:

1 Die *Akkumulationsphase* (*exploitation*) mit einem starken Wachstum und einem hohen Konkurrenzkampf. In Sinne des CCF-Modells nimmt das kommunale Kapital zu. Die Resilienz ist hoch.

2 Die *Erhaltungsphase* (*conservation*) mit einem hohen Regulationsaufwand, das Erreichte zu erhalten. Die Innovationskraft geht zurück. Erneuerungsversuche bleiben weitgehend erfolglos. Die Resilienz nimmt ab.

3 Die *Freisetzungsphase* (*release*) mit einer „kreativen Zerstörung" etablierter Strukturen und einer Freisetzung des gebundenen Kapitals. Die Resilienz steigt wieder an. Im ungünstigen Fall fehlt jedoch die Kraft zur Revitalisierung. Das System gerät in die „Armutsfalle" (ebd.: 339).

4 Die *Reorganisationsphase* (*reorganisation*), in der sich das System erneuert, u.a. mit kreativen Pionieren und Mut zu neuen Wegen. Die Resilienz steigt allmählich an, bis die Akkumulationsphase wieder erreicht ist. Es ist die Phase mit den größten Unsicherheiten.

Die Resilienz des Systems wird von zwei Faktoren bestimmt: dem *strukturellen Potenzial* und der *Konnektivität*, d.h. der inneren Verbundenheit des Systems. Übertragen auf Kleinstädte bildet das strukturelle Potenzial z.B. die städtebaulichen Qualitäten, Wirtschaftskraft oder die Kommunalfinanzen ab. Die Konnektivität wird bestimmt durch das Sozialkapital der sozialen Netze, der Vereine und der Zusammenarbeit. Beide Faktoren steigen und fallen entsprechend in den vier Phasen. In der Reorganisationsphase z.B. nimmt das strukturelle Potenzial wieder zu, während die Konnektivität noch gering ist und erst im Übergang zum Beginn des Zyklus wieder zunimmt.

Für komplexe gesellschaftliche Systeme wie Regionen oder Kleinstädte verstehen Holling und Gunderson (2002) das Modell adaptiver Zyklen als panarchische Modelle aus einer Vielzahl verschachtelter Zyklen, die sich gegenseitig beeinflussen. Die Teilsysteme sind über zwei Funktionen miteinander verbunden. Proteste, soziale Bewegungen oder aktive Gruppen können größere Systeme, z.B. die Kleinstadt, unter Druck setzen und verändern (Revolten-Funktion). Größere Systeme wie Regionalplanung oder Landespolitik können wiederum kleinere Systeme steuern bzw. stabilisieren (Memory-Funktion).

Das Modell adaptiver Zyklen beschreibt eher eine Tendenz als einen vorgegebenen Zusammenhang, wie sich Systeme in Wandlungsprozessen verhalten. Diese Uneindeutigkeit gilt insbesondere dann, wenn menschliches Handeln Teile des Systems ausmacht, wie das in Kleinstädten der Fall ist. Menschen können Entwicklungen analysieren und versuchen zu beeinflussen, z.B. durch Planung, Politik oder wirtschaftliche Aktivitäten.

Aufgabe ist es dann, diesen Kreislauf zu unterbrechen bzw. das System zu stabilisieren, ohne in die Stillstandsphase zu geraten. Voraussetzung dafür ist eine Wachsamkeit für kritische Entwicklungen, örtliche Potenziale und Gelegenheitsfenster. Kleinstadtplanung und -politik – vor allem in krisenhaften Situationen – müsste dann stärker vorausschauend, proaktiv und strategisch angelegt sein. Auf jeden Fall ist es eine komplexe und langwierige Aufgabe über lange Zeiträume (*long-term sustained process*), die an die örtlichen Möglichkeiten und Potenziale anknüpfen sollte (*potential within place* oder *asset-based community development*) (Powe/Hart 2017). Ein methodischer An-

satz hierfür kann das Arbeiten mit Szenarien und Leitbild-Prozessen sein, um Probleme und Handlungsmöglichkeiten sichtbar zu machen und zu diskutieren (Schnur 2013: 346).

Die Komplexität des Panarchie-Modells adaptiver Zyklen kann schließlich den Blick für externe Interventionen schärfen (*Memory*-Funktion). Man müsse die Entwicklungsprozesse von kleinen Städten in ihrer Abhängigkeit von internen und externen Entwicklungsfaktoren verstehen, um Planung und Programmstrukturen darauf ausrichten zu können (*matching*), sagen Powe und Hart (2017). So könnten Innovationsblockaden und eine *Lock-in*-Situation in strukturschwachen und schrumpfenden Kleinstädten durch überörtliche Interventionen gelöst werden (auch Schnur 2013: 347). Aus ihrer Sicht fehlt jedoch die zeitliche und inhaltliche Passfähigkeit staatlicher Programme. Sie sind nicht auf die örtlichen Herausforderungen und die langen Zeiträume von Veränderungen ausgelegt. Hinzu kommt eine schlechte Ausbalancierung zwischen ermöglichenden und regulierenden Vorgaben sowie die gestörte Kommunikation zwischen den Politik- und Verwaltungsebenen.

4 Zwischen Government und Governance – Schlussbetrachtung

Ein doppelter Perspektivwechsel und die Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit – drei Dinge, die in der historischen Rückschau deutlich geworden sind. Standen zunächst deskriptive, empirische Studien im Vordergrund, verschob sich das Forschungsinteresse mit dem Sichtbarwerden der Folgen von gesellschaftlicher Transformation und neoliberaler Politik und Planung zu Beginn der 1990er Jahre. Im Mittelpunkt der Kleinstadtforschung standen nun normative konzeptionelle Überlegungen, wie die Krise der Kleinstadt bewältigt werden könnte. Damit verbunden ist ein Wechsel von der Government-Perspektive zur Governance-Perspektive, von der Fokussierung auf Kommunalverwaltung und -politik auf Sozialkapital, informelle Netzwerke und Kooperationen. Damit vollzieht die Kleinstadtforschung den *Communicative Turn* in der planungstheoretischen Debatte nach (Healey 1992), bleibt aber weitgehend auf einer theoretisch-normativen Ebene.

Der Widerspruch ist deutlich. Einerseits werden zur Krisenbewältigung Governance-Formen eingefordert, die prozessorientiert, kommunikativ und kooperativ sind. Andererseits scheinen die Rahmenbedingungen in vielen Kleinstädten dafür nicht zu stimmen: geringe finanzielle und personelle Möglichkeiten, eine pragmatische, konfliktscheue Kommunalpolitik, die hohe Bedeutung des Bürgermeisters sowie wenig politischer Wille, proaktiv zu handeln. Hinzu kommt als „übergreifende Gemeinsamkeit“ vieler Fallstudien die Abhängigkeit von Förderlogiken und externen Ressourcen, die die eigene Gestaltungsmacht einengen (Bernt/Liebmann 2013: 19). Es scheint nicht zusammenzupassen: „das, was ist“, und „das, was sein soll“.

Andererseits legen gute Beispiele nahe, dass viele Kleinstädte ihren eigenen, ganz individuellen Weg gefunden haben, mit den transformativen Herausforderungen umzugehen. Es bleibt zudem offen, inwieweit die normativen Forschungsergebnisse, d. h. die Notwendigkeit kooperativer Governance-Formen für Kleinstädte, wirklich besser

und immer passgenau sind (vgl. auch Lang 2010: 100 f.). Wirkungsanalysen zu Governance in der öffentlichen Verwaltung scheint es nicht zu geben (Seibel 2016: 161 f.). Der Gedanke liegt daher jedoch nahe, dass tradiertes, hierarchisches Verwaltungs- und Planungshandeln in Krisen deutlich an Gestaltungskraft einbüßt. Kooperative Strategien und informelle Netzwerke können dann zu neuen Lösungen führen. Ähnlich war auch die Innensicht der Akteure in den Szenariowerkstätten des ExWoSt-Forschungsfeldes „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen". Für sie waren Kooperationen immer dann wichtige Lösungsansätze, wenn tradiertes Handeln an seine Grenzen stieß und neue Qualitäten notwendig waren (Dehne 2018b: 10). Neue, kooperative Handlungsformen sollten nicht zwingend neu institutionalisiert werden, sondern behutsam an vorhandene Strukturen anknüpfen (Burdack 2013). Diese Verknüpfung von Bewährtem und Neuem gilt auch für das öffentliche Verwaltungshandeln und führt zu einer Forschungsperspektive, die sich von zu engen normativen Setzungen löst und Politik und Stadtplanung in einer Kleinstadt zunächst einmal so akzeptiert und analysiert, wie sie tatsächlich sind. Eingeübte Kommunalpolitik – die im Übrigen schon immer auf Netzwerke zurückgegriffen hat – sowie formales Verwaltungshandeln mit partizipativen und kooperativen Governance-Strategien werden dann nicht als Gegensatzpaar behandelt, sondern als zwei Pole eines Kontinuums. Die Notwendigkeit und die Intensität von kooperativen Planungs- und Politikansätzen müssen bei dieser Sichtweise jeweils im Einzelfall auf einer Skala markiert (Analyse) und in Abhängigkeit von den lokalen Rahmenbedingungen und Aufgaben austariert (notwendige Strategie) werden (*government with governance*). Es ist zu vermuten, dass Kooperationen bei strukturellen Brüchen und Entwicklungskrisen an Bedeutung zunehmen, ähnlich wie es in den drei vorgestellten Modellen zu erkennen ist (Kap. 3.3). Eine Forschungsfrage könnte somit sein, in welchem Maß kooperative Politik und Planung zu mehr Resilienz des Systems Kleinstadt führen kann.

Für die Kleinstadtforschung zu Politik und Stadtplanung lassen sich daraus zwei Forderungen ableiten:

1 die Notwendigkeit einer neuen Generation von theoriegeleiteten inter- und intradisziplinären Gemeinde- bzw. Kleinstadtstudien, die auf Wirkungsanalysen von Steuerungsformen in Politik und Stadtplanung ausgerichtet sind, sowie

2 die Anwendung, Überprüfung, Feinjustierung und ggf. Ergänzung der hier vorgestellten theoretischen Modelle für die Politik- und Planungspraxis von Kleinstädten unter Bedingungen der Resilienz.

Darüber hinaus sind im Verlauf der Recherche so viele Seitenstränge zu benachbarten Forschungsdisziplinen aufgetaucht, dass es sich lohnt, diese weiterzuverfolgen und die vorliegenden Forschungserkenntnisse zu Politik und Stadtplanung in Kleinstädten umfassend aufzuarbeiten. Dieser Beitrag kann nur ein Anfang gewesen sein.

Literatur

Bernt, M.; Liebmann, H. (2013): Zwischenbilanz: Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Forschungsprojekts. In: Bernt, M.; Liebmann, H. (Hrsg.): Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen. Wiesbaden, 218-231.

Bertels, L. (Hrsg.) (2015): Gotha im Wandel 1990–2012. Transformation einer ostdeutschen Mittelstadt. Wiesbaden.

BfLR – Bundesanstalt für Landeskunde und Raumforschung (Hrsg.) (1985): Stadterneuerung in kleinen Städten. Bonn. = Informationen zur Raumentwicklung 9.
BMBau – Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1978): Modellvorhaben Hameln. Projektbegleitende Untersuchungen zum Modellvorhaben des Bundes und des Landes Niedersachsen. Bonn-Bad Godesberg. = Schriftenreihe Stadtentwicklung 02.011.
BMBau – Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1983): Querschnittsuntersuchungen der Modellvorhaben Hillesheim, Kirn, Völklingen, Gudensberg und Alzenau. Verbesserung der Wohnverhältnisse in innerstädtischen Gebieten durch ausgewählte Modellvorhaben – Erfahrungen und Anwendung des gesetzlichen Instrumentariums. Bonn-Bad Godesberg. = Schriftenreihe Stadtentwicklung 02.032.
BMBau – Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1986): Neue städtebauliche Aufgaben. Zukunftsaufgaben der Erneuerung, der Wirtschaft, der Ökologie und des Verkehrs in unseren Städten und Gemeinden – Umrisse, Lösungsansätze, Perspektiven. Schriftenreihe. Bonn-Bad Godesberg. = Schriftenreihe Städtebauliche Forschung 03.115.
BMBau – Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1989): Städtebauliche Erneuerung von Dörfern und Ortsteilen. Qualitative Analyse von Aufgaben und Instrumenten. Bonn- Bad Godesberg. = Schriftenreihe Forschung 477.
BMBau – Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau (1990): Erfahrungen mit der Stadterneuerung – Zusatzuntersuchung zum Bund-Länder-Programm 1985–1987. Bonn-Bad Godesberg = Schriftenreihe Forschung 475.
Bogumil, J.; Holtkamp, L. (2016): Ost- und westdeutsche Kommunen zwischen Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Theoretische Annahmen. In: Bogumil, J.; Holtkamp, L. (Hrsg.): Kommunale Entscheidungsstrukturen in Ost- und Westdeutschland. Zwischen Konkordanz- und Konkurrenzdemokratie. Wiesbaden, 7-46.
Brandstetter, B.; Lang, T.; Pfeifer, A. (2005): Umgang mit der schrumpfenden Stadt – ein Debattenüberblick. In: Berliner Debatte Initial 16 (6), 55-68.
Burdack, J. (2013): Entwicklungstypen von Kleinstädten in Sachsen. In: Burdack, J.; Kriszan, A. (Hrsg.): Kleinstädte in Mittel- und Osteuropa: Perspektiven und Strategien lokaler Entwicklung. Leipzig, 89-95. = Forum IfL 19.
Dehne, P. (2016): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Bonn. = ExWoSt-Informationen 50/1.
Dehne, P. (2018a): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Bonn. = ExWoSt-Informationen 50/2.
Dehne, P. (2018b): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Bonn. = ExWoSt-Informationen 50/3.
Dehne, P. (2019a): Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen. Ein ExWoSt-Forschungsfeld. Bonn. = ExWoSt-Informationen 50/4.
Dehne, P. (2019b): Kooperative Kleinstadtentwicklung. In: Kleinstädte. Chancen, Dynamiken, Potenziale. Informationen zur Raumentwicklung 6, 86-101.
Dehne, P.; Hannemann, C. (2007): Kleine Stadt, was tun? – Zukunftschancen von kleinen Städten im Peripherieraum Nordostdeutschlands. In: ARL – Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Umbau von Städten und Regionen. Hannover, 156-183.
Ellwein, T.; Zoll, R. (2003): Die Wertheim-Studie. Teilreprint von Band 3 (1972) und vollständiger Reprint von Band 9 (1982) der Reihe „Politisches Verhalten". Opladen.
Emery, M.; Flora, C. (2006): Spiraling-Up: Mapping Community Transformation with Community Capitals Framework. In: Community Development 27 (1), 19-35.
Flora, C., Flora J. (2013): Rural Communities: Legacy and Change. 4th edition. Boulder, Colorado.
HAB – Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar (1976): Umgestaltung von Mittel- und Kleinstädten. Probleme des Städtebaus und der Erzeugnisentwicklung. Weimar.
Hannemann, C. (2004): Marginalisierte Städte. Probleme, Differenzierungen und Chancen ostdeutscher Kleinstädte im Schrumpfungsprozess. Berlin.
Harth, A.; Herlyn, U.; Scheller, G.; Tessin, W. (2012): Stadt als Lokaler Lebenszusammenhang. Gemeindestudien als Ansatz in der Stadtsoziologie. Wiesbaden.
Häußermann, H.; Siebel, W. (1987): Neue Urbanität. Frankfurt am Main.
Healey, P. (1992): Planning Through Debate: The Communicative Turn in Planning Theory. In: The Town Planning Review 63 (2), 143-162.
Herlyn, U. (2015): Erkenntnisinteresse der dritten gemeindesoziologischen Untersuchung von Gotha. In: Bertels, L. (Hrsg.): Gotha im Wandel 1990–2012. Transformation einer ostdeutschen Mittelstadt. Wiesbaden, 17-32.

Holling, C.; Gunderson, L. (2002): Resilience and Adaptive Cycles. In: Holling C.; Gunderson, L. (Hrsg.): Panarchy. Understanding Transformations in Human and Natural Systems. Washington, Covelo, London, 25-62.
Holtkamp, L. (2003): Parteien in der Kommunalpolitik. Konkordanz- und Konkurrenzdemokratien im Bundesländervergleich. Hagen. = Polis 58.
Keim, K.-D. (2006): Peripherisierung ländlicher Räume. In: Aus Politik und Zeitgeschichte H. 37, 3-7.
Kühn, M. (2013): Strategiefähigkeit – Chancen und Hemmnisse lokaler Politik in schrumpfenden Städten. In: Haus, M.; Kuhlmann, S. (Hrsg.): Lokale Politik und Verwaltung im Zeichen der Krise? Wiesbaden, 274-289.
Kühn, M. (2016): Peripherisierung der Stadt. Städtische Planungspolitiken gegen den Abstieg. Bielefeld.
Kühn, M.; Fischer, S. (2009): Strategische Planung in schrumpfenden Städten. Management des Strukturwandels als Aufgabe. In: PNDonline III/2009, 1-7.
http://archiv.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/pnd-online_2009-3.pdf (23.12.2020).
Kühn, M.; Fischer, S. (2010): Strategische Stadtplanung. Strategiebildung in schrumpfenden Städten aus planungs- und politikwissenschaftlicher Sicht. Detmold.
Kühn, M.; Weck, S. (2012). Peripherisierung – Prozesse, Probleme und Strategien in Mittelstädten. In: disP – The Planning Review 48 (2), 14-26.
Lang, T. (2010): Zehn Jahre Schrumpfungsdiskurs in Ostdeutschland – theoretische Perspektiven. In: Altrock, U.; Huning, S.; Kuder, T.; Nuissl, H. (Hrsg.): Zwanzig Jahre Planung seit der Wiedervereinigung. Kassel, 95-120. = Planungsrundschau 20.
Lehmbruch, G. (1975): Der Januskopf der Ortsparteien. Kommunalpolitik und das lokale Parteiensystem. In: Der Bürger im Staat 25, 3-8.
Leimbrock, H. (2010): Planungsstrategien zur Gestaltung mittelstädtischer Lebensräume. In: Schmidt-Lauber, B. (Hrsg.): Mittelstadt: Urbanes Leben jenseits der Metropole. Frankfurt/M., 89-102.
Luckmann, B. (1970): Politik in einer deutschen Kleinstadt. Stuttgart. = Soziologische Gegenwartsfragen N. F. 35.
Lynd, R. S.; Lynd, H. M. (1929): Middletown. A study in contemporary American culture. New York.
Lynd, R. S.; Lynd, H. M. (1937): Middletown in transition: a study in cultural conflicts. New York.
Mattson, G. A.; Burke, A. T. (1989): Small Towns, Political Culture, and Policy Innovation. In: Journal of Planning Literature 4 (4), 397-412.
Neckel, S. (1999): Waldleben. Eine ostdeutsche Stadt im Wandel seit 1989. Frankfurt/M., New York.
Powe, N.; Hart, T. (2017): Planning for Small Town Change. New York.
Rüdiger, A. (2009): Der Alltäglichkeit auf der Spur: die Rolle der Stadtgröße für die räumliche Planung. Hamburg.
Schäfer, R.; Stricker, H.-J.; Soest, D. von (1992): Kleinstädte und Dörfer in den neuen Bundesländern: Aufgabenfeld für die städtebauliche Erneuerung. Göttingen.
Schnur, O. (2013): Resiliente Quartiersentwicklung? Eine Annäherung über das Panarchie-Modell adaptiver Zyklen. In: Informationen zur Raumentwicklung 4, 337-350.
Seibel, W. (2016): Verwaltung verstehen. Eine theoriegeschichtliche Einführung. Frankfurt/Main.
Selle, K. (2017): Kommunikative Interdependenzgestaltung in Prozessen der Stadtentwicklung. Eine Geschichte der Entdeckungen. Aachen. = PT_Materialien 38.
Wildavsky, A. (2012): Leadership in a Small Town. New Brunswick, New Jersey.

Autor

Prof. Dr. Peter Dehne *ist seit 1997 Professor für Planungs- und Baurecht an der Hochschule Neubrandenburg. Seit 1990 berät er kleine Städte, Gemeinden und ländliche Regionen in Ostdeutschland. Er hat zahlreiche praktische und wissenschaftliche Projekte zu Themen der kooperativen Stadt- und Regionalentwicklung, der ländlichen Entwicklung sowie zu Strategien der kommunalen und regionalen Daseinsvorsorge durchgeführt. Unter anderem hat er von 1987 bis 1992 an der Begleitforschung des ExWoSt-Forschungsfeldes „Städtebauliche Dorferneuerung“ mitgearbeitet und von 2016 bis 2018 das ExWoSt-Forschungsfeld „Potenziale von Kleinstädten in peripheren Lagen“ wissenschaftlich begleitet.*